KRASS & KURIOS

Auf der Flucht: Fahrer wechselt Kennzeichen

Hainburg – Die Polizei sucht Verkehrsteilnehmer, die bereits letzte Woche Donnerstag, gegen 11.15 Uhr, im Bereich Ostring von der Fahrweise eines bronzefarbenen Bentleys behindert oder gefährdet wurden. Eine Streife wollte gegen 11.15 Uhr den Wagen mit österreichischem Kennzeichen kontrollieren. Der etwa 25 Jahre alte Fahrer gab jedoch Gas und flüchtete. Er missachtete hierbei mehrere rote Ampeln und gefährdete andere Verkehrsteilnehmer. Der Wagen wurde zunächst aus den Augen verloren. Später meldete eine Zeugin der Polizei, dass ein bronzefarbener SUV gegen 11.20 Uhr in der Ludwig-Erhard-Straße abgestellt worden sei. Das Fahrzeug wäre zuvor sehr schnell an ihr vorbeigefahren. Bei Eintreffen der Streife waren nun russische Kennzeichen an dem Bentley angebracht. Das vorher befestigte wurde in einem Mülleimer aufgefunden. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen übernommen. Hinweise unter ☎ (069) 80981234. **red**

Junger Mann entblößt sich auf Waldweg

Mörfelden-Walldorf – Ein 14 bis 20 Jahre alter Mann hat sich am Montagnachmittag gegen 15.30 Uhr auf einem Waldweg vor einer 47-jährigen Joggerin entblößt. Die alarmierte Polizei konnte den Unbekannten nicht mehr antreffen und bittet daher Zeugen um Mithilfe. Das Ganze geschah parallel zum Vitrolles-Ring zwischen Mörfelden und Walldorf. Der Mann ist 1,80 bis 1,90 Meter groß, hat lange Beine und trug ein grünes T-Shirt mit blauen Ärmeln sowie eine kurze Hose und rote Sportschuhe. Hinweise an ☎ (06142) 6960. **red**

Grabsteine aus Kinderarbeit verboten: Pflastersteine sind das Problem

Kommunen ändern Friedhofssatzungen / Steinmetze: „Das reicht nicht aus!“

Von Julia Oppenländer

Ein Großteil der Grabsteine auf deutschen Friedhöfen kommt aus Indien und China – angeblich aus Kinderarbeit. Städte wie Offenbach wollen das künftig per Gesetz verbieten. Unnötig, sagen Steinmetze. Sie sehen die Probleme an ganz anderer Stelle.

Auch viele Grabsteine auf dem neuen Friedhof in Offenbach kommen vermutlich aus Steinbrüchen in China und Indien. Foto: jo

Region Rhein-Main – Ende August haben die Offenbacher Stadtverordneten fraktionsübergreifend für eine Änderung der Friedhofssatzung gestimmt: Künftig dürfen auf den Friedhöfen keine Grabsteine aus Kinderarbeit mehr aufgestellt werden. Mehr als die Hälfte der in Hessen aufgestellten Grabsteine kommt aus Steinbrüchen in Indien und China. Hier arbeiten noch immer zehntausende Kinder, obwohl das für Jugendliche unter 18 Jahren eigentlich verboten ist.

„Auch als Kommunalpolitiker müssen wir über den Tellerrand schauen. Ganz nach dem Motto „global denken, lokal handeln‘“, sagt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Offenbacher Grünen, Tobias Dondelinger. Er ist Initiator des Antrags, der nun vom Magistrat noch geprüft wird.

Wird die Friedhofssatzung geändert, müssen Steinmetze künftig ein Zertifikat oder eine Erklärung vorlegen, die Kinderarbeit bei der Produktion ausschließt. „Es muss einen lückenlosen Nachweis über den Weg und die Herkunft der Grabsteine geben“, so Dondelinger. „Unser Ziel mit dieser Änderung ist dabei vor allem, die Menschen für die Problematik der Kinderarbeit zu sensibilisieren.“

Ein guter Gedanke, aber der falsche Weg – das kritisieren dagegen einige Steinmetze. „Grabsteine sind eigentlich gar nicht das Problem“, sagt Karl-Heinz Damm vom Landesinnungsverband des Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerks Hessen. „Kinder sind gar nicht in der Lage, an den schweren Blöcken zu arbeiten oder die dazugehörigen Maschinen zu bedienen.“

Er ist deshalb der Meinung, dass die Politik an einem ganz anderen Punkt ansetzen sollte. „Bei den günstigen und kleineren Pflastersteinen, die die Städte auf ihren Straßen verlegen, gibt es bei der Herstellung viel mehr Kinderarbeit“, sagt Damm.

Diesen Aussagen stimmt Walter Schmidt nur teilweise zu. Er ist Geschäftsführer von Xertifix. Der Zertifizierer kontrolliert die Lieferketten von Natursteinen und stellt die Siegel aus, wenn die Anforderungen in den Produktionsstätten erfüllt werden. Das ist aber nicht immer der Fall. „In Südindien wurde bei unangekündigten Besuchen sehr wohl schon Kinderarbeit an Granitblöcken dokumentiert. Sie haben hier Bohrhammer bedient“, sagt Schmidt. In diese Bohrlöcher werden dann Sprengsätze gefüllt, um Blöcke aus dem Stein zu sprengen. Allerdings ist auch er überzeugt, dass die strengere Kontrolle von Grabsteinen zwar ein guter Ansatz ist, aber eigentlich noch weiter gehen müsste, um Kinderarbeit weiter einzudämmen. „Auch beim Einsatz von kleineren Natursteinen sollten Städte und Privatleute auf die Herkunft achten.“

Das wiederum ist in Offenbach schon länger der Fall. „Firmen, die einen Bauauftrag der Stadt haben, müssen immer eine Erklärung unterschreiben, die besagt, dass keine Materialien aus Kinderarbeit genutzt werden“, sagt Kerstin Holzheimer, Sprecherin der Stadt Offenbach. „Bei allen genutzten Produkten, so auch Naturstein, erhalten wir Angaben zur Herkunft.“

Rhein-Main EXTRA TIPP

IMPRESSUM

www.extratipp.com

Verlag: Pressehaus Bintz-Verlag GmbH & Co. KG
Waldstraße 226, 63071 Offenbach

Hausanschrift und zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum Verantwortlichen.

Geschäftsführer:
Daniel Schöningh, Thomas Kühnlein

Redaktion:
Tel. 069 85008-7900
redaktion@extratipp.com
Axel Grysczyk (Ltg., v.i.S.d.P.)
Kristina Bräutigam
Rebekka Farnbacher
Oliver Haas
Christian Reinartz
Julia Oppenländer

Anzeigen:
Tel. 069 850088
anzeigen@extratipp.com
Jelisaweta Scherdel (Ltg.)

Vertrieb:
Tel. 069 85008-443
service@extratipp.com
Burghard Aul (Ltg.)

Druck:
Pressehaus Bintz-Verlag GmbH & Co. KG
Postfach 10 02 63, 63002 Offenbach

Anzeigenpreis nach Preisliste 11 vom 1. 1. 2019

Auf offenbach.de Fahrzeuge online zulassen

Offenbach – Seit dem 1. Oktober ist es so weit: Mit der Stufe drei des bundesweiten Projekts i-kfz können Neuwagen online zugelassen werden. Gleichzeitig ist die Umschreibung von einem Halter auf einen anderen möglich. In diesen Fällen sogar so, dass der Käufer eines zugelassenen Gebrauchtwagens sofort nach der Online-Transaktion losfahren kann, wenn er das bisherige Kennzeichen des Verkäufers übernimmt. Wer umzieht, kann sein Fahrzeug auch online ummelden und einfach weiterfahren.

Und so funktioniert es: Auf www.offenbach.de stellt die Stadt ein Kfz-Zulassungsportal zur Verfügung. Dort identifiziert sich der Kunde mit der eID-Funktion seines Personalausweises oder seines elektronischen Aufenthaltstitels (eAT). Das geht über ein Lesegerät oder mit der Ausweis-App (www.ausweisapp.bund.de) auch über das Smartphone. Eingegeben werden müssen Fahrzeug-, Versicherungs- und Bankdaten. Das Verfahren überprüft die Richtigkeit der Angaben und führt den Nutzer nach erfolgreicher Prüfung zur Zahlung der Gebühren. Ein Zulassungsbescheid wird erzeugt und dem Nutzer zum Abruf bereitgestellt, Papiere und Zulassungsplaketten werden vom Bürgerbüro zugeschickt.

Ein paar Voraussetzungen müssen erfüllt sein. So gibt es Fahrzeugpapiere mit Sicherheitscode erst seit 2015 (Fahrzeugschein oder Zulassungsbescheinigung Teil I) beziehungsweise seit 2018 (Fahrzeugbrief oder Zulassungsbescheinigung Teil II). Diese sind Voraussetzung zur Nutzung des neuen Online-Angebots, weil die Sicherheitscodes für die Eingabe freigelegt und die alten Papiere damit ungültig gemacht werden.

Die Online-Zulassung funktioniert nicht, wenn Daten falsch eingetragen werden, der TÜV abgelaufen ist, Fahrzeugmängel vorliegen, Steuer- oder Gebührenrückstände bestehen. In diesen Fällen wird der Online-Vorgang abgebrochen und die Zulassung kann (nach Beheben der Mängel) im Bürgerbüro durchgeführt werden.

Noch nicht in allen Fällen ist ein sofortiges Losfahren nach der Anmeldung möglich. Die Fachleute sprechen von einem teilautomatisierten Prozess zum Beispiel bei der Neuwagen-Zulassung. Sind alle Angaben korrekt erfasst, werden Papiere und Zulassungsplaketten produziert und mit der Post zugeschickt.

„Die Erweiterung der internetbasierten Fahrzeugzulassung ist eine weitere Ergänzung des stetig wachsenden Online-Angebots, das den Menschen in dieser Stadt 24/7 zur Verfügung steht“, betont Bürgermeister Peter Freier. Allein im Bürgerbüro werden bis Ende 2019 insgesamt rund 11.700 Online-Dienstleistungen erwartet. **red**